

daß nämlich Tibet ein Bestandteil der VR China sei, wieder fest zum Erklärungsverhalten der indischen Regierung.

Ein weiterer großer Schritt war im September 1993 getan worden, als die beiden Nachbarn ein Grenzabkommen unterzeichneten, dessen Hauptinhalt darin bestand, daß beide Seiten die gegenwärtigen Kontrolllinien respektieren wollten. Eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen sollte diesen Status quo flankieren; so hatten beispielsweise beide Seiten ihre Streitkräfte entlang der Kontrolllinien auszudünnen, militärische Manöver in grenznahen Sicherheitszonen frühzeitig anzukündigen und Flüge über den umstrittenen Territorien zu vermeiden.

Außerdem wurde die "Joint Working Group on the Sino-Indian Boundary Question" eingerichtet, die auf der Ebene Stellvertretender Außenminister angesiedelt ist und für einen effizienteren Verlauf definitiver Grenzabmachungen sorgen soll (dazu C.a., September 1993, Ü 1).

Bis heute freilich ist es bei diesen Verhandlungen nicht so recht vorwärtsgewandert, und zwar aus zwei Gründen: Erstens einmal ist das Trauma von 1962 immer noch so präsent, daß sich in der Lok Sabha keine Mehrheiten für eine solche Änderung gewinnen ließen, vor allem nicht, nachdem die Hindunationalisten Oberwasser bekommen haben und die Kongreßpartei durch die Wahlen von 1996 ihre bisher schmachlichste Niederlage erlitten hat. Zweitens aber spielen beim Grenzdisput auch Emotionen der Bevölkerung mit herein: Die Himalayagipfel sind nach indischer Tradition Sitze der Götter und die Flüsse die Quellen der Kultur. Auf diese heiligen Gebiete zu verzichten, liefe auf eine Verstümmelung des heiligen Leibs von Bharat mata, der Mutter Indiens, hinaus. -we-

---

## Innenpolitik

---

\*(5)

### Aktivere Rolle der "Demokratischen Parteien" im politischen Konsultationsprozeß?

Die acht sogenannten "Demokratischen Parteien" der VR China haben im Dezember Plenarsitzungen ihrer Zentral-

komitees abgehalten: das Revolutionäre Komitee der Guomindang, der Demokratische Bund, die Demokratische Aufbauvereinigung, die Liga für die demokratische Selbstverwaltung Taiwans, die Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei, die Vereinigung zur Förderung der Demokratie, die Studiengesellschaft des 3. September und die Chinesische Volkswohlpartei.

Die Demokratische Aufbauvereinigung, die vom stellvertretenden Minister für die chemische Industrie (einem Absolventen der University of California in Los Angeles) angeführt wird und derzeit über nahezu 70.000 Mitglieder aus Industriekreisen verfügen soll, will sich besonders für die Realisierung der wirtschaftlichen Modernisierung einsetzen. (Xinhua, 13.12.1996). Die Liga für die demokratische Selbstverwaltung Taiwans versprach, sich 1997 besonders für die Einheit zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße stark zu machen und Elemente zu bekämpfen, die für eine Unabhängigkeit Taiwans einträten. (Xinhua, 19.12.1997) Die Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei, die auf ihre "hochkarätigen" Mitglieder insbesondere aus technischer Intelligenz und Medizin hinweist, will durch Forschung und Beratung zur Lösung von Fragen des Bevölkerungswachstums, der Armutsbekämpfung, des Gesundheitssystems und des Umweltschutzes beitragen. (Xinhua, 13.12.1996) Die Vereinigung zur Förderung der Demokratie, die von einer Frau angeführt wird und derzeit 62.000 Mitglieder vornehmlich unter der Intelligenz haben soll, bekundete ihre Loyalität zur Führung der KPCh und nahm sich vor, die Teilnahme an den Staatsangelegenheiten zu verstärken. (Xinhua, 20.12.1997) Die Studiengesellschaft des 3. September, die ebenfalls auf ihren Einfluß unter der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz hinweist, vertiefte sich ins Studium der Dokumente, die auf dem letzten Plenum des Zentralkomitees der KPCh verabschiedet wurden. (Xinhua, 16.12.1996) Die bereits Ende des 19. Jahrhunderts gegründete Chinesische Volkswohlpartei, die insbesondere für die Pflege von Beziehungen zu Auslandschinesen zuständig ist, wies darauf hin, daß die Organisation allein 1996 12.500 Überseechinesen und "Landsleute aus Taiwan, Hongkong und Macau" empfangen habe und aufgrund ihrer Kontakte rund 700 Mio. US\$ an ausländischen Investitionen für Projekte in China eingeworben hätte. (Xinhua, 19.12.1996) Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees ist immerhin zugleich stellvertretender Gouverneur in der Provinz Anhui.

Es handelt sich bei diesen Organisationen, die zusammen nur rund 400.000 Mitglieder vorweisen können (zum Vergleich KPCh: 57 Mio.), nicht im eigentlichen Sinne um Parteien, die mit der Kommunistischen Partei konkurrieren könnten. Vielmehr stellen sie der Kommunistischen Partei untergeordnete Konsultativorgane dar, die ausgewählte Bevölkerungsgruppen wie insbesondere die Intelligenz repräsentieren sollen.

Auf Initiative von Deng Xiaoping und Li Ruihuan (dieser ist im Ständigen Ausschuß des KP-Politbüros für die "Einheitsfront"-Politik gegenüber nichtkommunistischen Kräften zuständig) werden diese Organisationen in den letzten Jahren regelmäßig in den Konsultationsprozeß über Fragen der Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung einbezogen. Li Ruihuan versprach auf einem Empfang für neugewählte Vorsitzende der "Demokratischen Parteien", daß die Führung der KPCh "die Rolle der nichtkommunistischen Parteien stärker ins Spiel bringen" werde. (Xinhua, 17.12.1996)

Ein Professor für Verwaltungswissenschaft von der Universität Nanjing wies in einem Hongkonger Vortrag darauf hin, daß die "Demokratischen Parteien" allmählich ihre Rolle als dekorative, aber entbehrliche "politische Blumenvasen" ablegten: "Immer wenn neue politische Maßnahmenprogramme formuliert werden, sind diese politischen Parteien die ersten, die den Entwurf erhalten und Kommentare abgeben". Der Status dieser Organisationen werde durch die ausgezeichnete Qualifikation ihrer Mitglieder bestimmt. Verfahren der "demokratischen Konsultation" hätten sich nicht nur innerhalb der Kommunistischen Partei, sondern auch zwischen KPCh und den "Demokratischen Parteien" in den neunziger Jahren weiterentwickelt. (SCMP, 19.12.1996) -hei-

\*(6)

### Neue Erkenntnisse über das Wirtschaftsimperium der Volksbefreiungsarmee: "PLA Inc."

Die Volksbefreiungsarmee (VBA) stellt mit ihren rund 15.000 bis 20.000 Unternehmen inzwischen den größten Wirtschaftskonzern der VR China dar. Zu diesem Ergebnis kommt Cheung Tai-ming, der heute in Hongkong für Kim Eng Securities arbeitet und sich bereits seit mehreren Jahren intensiv mit den unternehmerischen Aktivitäten der chinesischen Armee beschäftigt. Cheung wird in Kürze eine ausführliche Studie vorlegen. (SCMP, 16.12.1996)

Cheungs Forschungen zufolge sind Unternehmen der VBA heute in der Landwirtschaft (7-8% des Gesamtumsatzes aller VBA-Unternehmen), in der Industrieproduktion (45-50%) und im Dienstleistungssektor (45-50%) aktiv. Die Expansion der unternehmerischen Aktivitäten verlaufe aufgrund der Engpässe im Verteidigungshaushalt rasant: Während es 1979 nur 50 VBA-Dienstleistungsunternehmen gegeben habe, seien es bereits 1989 rund 5.000 gewesen. Heute befindet sich ein Drittel der Hotels in der Provinz Guangdong im Besitz von Armee-Einheiten. Im Telekommunikationswesen sind Unternehmen der VBA begehrte Partner für westliche multinationale Konzerne wie AT&T oder Motorola. VBA-Unternehmen haben einen Anteil von rund 10% an der chinesischen Pharmaindustrie und stellen vier der zehn größten Textilproduzenten. Insgesamt gehören etwa 200 der größten chinesischen Unternehmen zur "PLA Inc.". Rund ein Zehntel aller VBA-Unternehmen ist inzwischen auf internationalen Märkten präsent. Tochterunternehmen werden nicht nur in Hongkong, sondern auch in Südostasien, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sowie in den USA und in Kanada unterhalten.

Die Unternehmen der VBA genießen in der VR China steuerliche Privilegien, stützen sich auf ein gutes Vertriebsnetz und operieren praktisch in einem rechtsfreien Raum, da zivile Behörden gewöhnlich keinen Zugriff auf diese Betriebe haben. Schwächen bestehen in einem häufig unflexiblen Management, das nicht rasch genug auf Marktveränderungen reagiert, und in hohen Gewinnabführungen für militärische Zwecke (Materialbeschaffung, Versorgung der Einheiten etc.) sowie für individuelle Funktionäre (Korruption). Chinesischen Angaben zufolge beliefen sich die Gewinne aus VBA-Unternehmen 1993 auf nur rund 1 Mrd. US\$ bei einem Umsatz von 6-9 Mrd. \$. Cheung schätzt die tatsächlichen Profite und Umsätze deutlich höher ein. Der Beitrag der Militärunternehmen zum chinesischen BIP beträgt nach diesen Schätzungen rund 3%. -hei-

Trini Leung nach einer dreimonatigen Feldforschungsreise gegenüber der *South China Morning Post* (28.11.1996) festgestellt. Mehr als die Hälfte der staatlichen Industrieunternehmen sei inzwischen nicht mehr in der Lage, die von ihnen hergestellten Produkte am Markt abzusetzen und Löhne für die Arbeiter bzw. Altersversorgung für ehemalige Betriebsangehörige zu zahlen. Proteste von Arbeitern und Ruheständlern hätten insbesondere in Nordostchina, wo in einigen Orten der Provinz Heilongjiang bis zu 80% der Belegschaften mit minimalen Bezügen nach Hause geschickt worden seien, sprunghaft zugenommen. In Nordostchina seien staatliche Bergbauunternehmen besonders hart getroffen. In Shuangyashan (Provinz Heilongjiang) hätten sich infolge des Zusammenbruchs der regionalen Bergbauindustrie rund 40.000 Personen an Protestaktionen beteiligt.

Auch in wirtschaftlich prosperierenden Großstädten wie Beijing, Tianjin oder Shanghai habe es 1996 wiederholt Protestaktionen im Umkreis von Fabriken und auch vor dem Amtssitz von Parteikomitees und Regierungsbehörden gegeben. Selbst in der renommierten "Flying Pigeon" Fahrradfabrik in Tianjin soll aufgrund mangelnder Nachfrage die Produktion stark heruntergefahren worden sein. 7.000 der insgesamt rund 20.000 Belegschaftsmitglieder seien mit verminderten Bezügen und ungewisser Zukunft nach Hause geschickt worden. In vielen Fällen genossen Protestaktionen, die sich gegen die Verzögerung von Lohnzahlungen richteten, die stillschweigende Unterstützung von lokalen Funktionären, die auf Subventionen übergeordneter Regierungsebenen hoffen. In ganz China sollen derzeit insgesamt bis zu 50 Mio. Arbeitskräfte in städtischen Staatsunternehmen (ca.45% der gesamten staatlichen Arbeiterschaft) unterbeschäftigt sein. Die Krise der Staatsindustrie beginnt sich aufgrund zusehends ausbleibender Regierungssubventionen offensichtlich zuzuspitzen. Dies könnte erhebliche Folgen für die soziale und politische Stabilität in der VR China nach sich ziehen. -hei-

schaftler mit einem staatlichen Stipendium zum Studium ins Ausland geschickt (GMRB, 5.12.96). Diese Zahl hat sich in den letzten Jahren nicht erhöht. Bereits im Jahre 1990 betrug sie 1.500 (vgl. C.a., 1990/4, Ü 18). Das Auswahlverfahren für die Bewerber um ein Auslandsstudium wurde vor einiger Zeit reformiert. Erstmals 1996 kamen die "Allgemeinen Bestimmungen über die Auswahl von wissenschaftlichem Personal, das mit staatlichen Stipendien im Ausland studiert" zur Anwendung. Gegenüber den 1987 erlassenen vorläufigen Bestimmungen für das Auslandsstudium (vgl. C.a., 1987/6, Ü 24) wurden durch die "Allgemeinen Bestimmungen" im wesentlichen zwei Neuerungen eingeführt: 1. Zuständig für Auslandsstudien wurde der neu gegründete Staatliche Stipendienausschuß für Auslandsstudien; 2. das Verfahren besteht jetzt probeweise allgemein aus den folgenden Schritten: individuelle Bewerbung, Begutachtung des Antrags durch Fachleute, fairer Wettbewerb, Auswahl und Zulassung, Unterzeichnung eines Vertrages vor der Ausreise und Zahlung einer Entschädigung bei Nichteinhaltung des Vertrags (GMRB, 26.12.96). In dem Vertrag müssen sich die aus öffentlichen Mitteln finanzierten Auslandsstudenten zur Rückkehr nach China verpflichten, eine Kautionshinterlegen, die bei Nichtrückkehr einbehalten wird, und Strafe zahlen, wenn sie nicht zurückkehren (vgl. C.a., 1996/1, Ü 16). Nach den neuen Bestimmungen können sich alle chinesischen Bürger bewerben, die die von den jeweiligen Behörden und Fächern festgelegten politischen, fachlichen, fremdsprachlichen und gesundheitlichen Bedingungen erfüllen und mindestens zwei Jahre gearbeitet haben (früher waren es in der Regel fünf Jahre). Die Wissenschaftler, die im Ausland studieren wollen, werden in zwei Kategorien eingeteilt: hochrangige Gastwissenschaftler und Gastwissenschaftler. Voraussetzung für die erste Kategorie ist, daß der Bewerber einen hochrangigen fachlichen oder technischen Titel innehat und nicht älter als 55 Jahre ist, Bewerber mit hochrangigen Stellvertretertiteln sollen nicht älter als 45 Jahre sein und müssen entsprechende wissenschaftliche Ergebnisse vorweisen können. Bewerber aus der Kategorie der gewöhnlichen Gastwissenschaftler, einschließlich solcher für Fortbildungsstudien, müssen unter 45 Jahre alt sein, mindestens einen Hochschulabschluß vorweisen und nach Studienabschluß mindestens zwei Jahre in Lehre, Forschung, Technik oder Verwaltung tätig gewesen sein.

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

\*(7)

### **Dramatische Beschäftigungskrise in der staatlichen Großindustrie - Arbeiterproteste**

Die Beschäftigungskrise in der staatlichen Großindustrie Chinas hat sich 1996 dramatisch verschärft. Dies hat die Hongkonger Chinawissenschaftlerin

\*(8)

### **Staatlich finanzierte Auslandsstudien**

Im Jahre 1997 werden laut staatlichem Plan 1.500 Akademiker oder Wissen-